

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

# Gießener Anzeiger

## General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Gräßl'schen Universitäts- und Steindruckerei, R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 551. Redaktion: 55112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

### Mb. Deutscher Reichstag.

244. Sitzung, Mittwoch, den 29. April.

Am Tische des Bundesrats: Falckenhahn, Kirchner, Präsident Dr. Kaempff öffnet die Sitzung um 2 Uhr 26 Min.

#### Der Ergänzungsetat.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des neuen Ergänzungsetats. Er fordert u. a. ein Generalkonsulat für Albanien und ein Konsulat für Neapel. Ferner handelt es sich wieder um das viel umstrittene Grundstück, Berlin, Viktoriastr. 34. Das Grundstück soll nun vom Reichsschatzamt an die Heeresverwaltung abgetreten und, entgegen den Wünschen der Linken des Reichstags, als Dienstgebäude des Militärkabinetts hergerichtet werden.

#### Kriegsminister v. Falkenhahn:

Wenn ich jetzt schon, bevor die Kommissionsberatung begonnen hat, zu dem Ergänzungsetat das Wort ergreife, so geschieht es, weil einer Position darin sowohl in diesem Hause, als auch im öffentlichen Leben drängen, eine Bedeutung beigemessen worden ist, die ihr meiner Ansicht nach nicht zukommt. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich natürlich um die Verwendung des Grundstücks Viktoriastr. 34 in Berlin, von der man behauptet hat, sie sei eine eminent politische Frage, während es sich nach meiner Überzeugung dabei in dem jetzigen Stadium der Angelegenheit um eine ganz nüchterne geschäftliche Sache handelt. Der Beschluß des Hauses, dieses Grundstück, falls es am 1. April dem Reiche aufgelassen sein sollte, von dem Etat der Heeresverwaltung auf den des Reichsschatzamtes zu übertragen, hätte die Sicherung der vollständig freien Verwendungsmöglichkeit für dieses Grundstück im Auge und hat sie erreicht. Die Auffassung ist mittlerweile erfolgt und das Grundstück in den Besitz des Reiches übergegangen. Die Regierung hat aber keinen Nutzen aus der freien Verwendungsmöglichkeit, die geschaffen war, ziehen können. Wenigstens hat mir der Reichsschatzsekretär mitgeteilt, daß er keine andere Verwendung für dieses Grundstück gefunden habe.

Außerdem ist entgegen den, wie ich glaube auch in diesem Hause ausgesprochenen, Erwartungen, aber entsprechend meiner Voraussage, kein Angebot auf das Grundstück erfolgt. Das ist nicht überraschend, denn jeder Dritte muß in den Kaufpreis die sehr erheblichen Kosten rechnen, die für die Entfertigung oder für den Umbau der für einen besonderen Zweck hergestellten Gebäude auf dem Grundstück entstehen müßten. Dadurch würde die Sache zu teuer werden. Die einzige Partei, bei der das nicht nötig ist, ist die Heeresverwaltung, wenn sie mit Genehmigung des Hauses das Grundstück der Bestimmung zuführen kann, für die es vorbereitet ist. Mittlerweile habe ich mich überzeugt, daß es geradezu unvertretbar unangenehm wäre, die endgültige Entscheidung über das Grundstück noch ein Jahr hinauszuschieben; die Gebäude darauf würden einfach verrotten und verfallen. Schon diese einfache Verlegung zeigt überzeugend, daß die Regierung mit dieser Vorlage kommen mußte.

Trotzdem ist behauptet worden, es sei eine Beleidigung für den Reichstag. (Zuruf bei den Soz.: Ist es auch!) — Sie beklagen es hier, ich werde gleich darauf zurückkommen — diese Vorlage können einer Beleidigung des Hauses gleich und bedeuteten eine Machtprobe zwischen der Säbelkittler und dem Parlament. (Sehr richtig! bei den Soz.) R. G., wie man jetzt nach allem Vorangegangenen von einer Machtprobe, von einer Beleidigung des Hauses sprechen kann, ist mir schlechterdings unverständlich, nachdem ich hier ganz offen und ehrlich den Fehler zugegeben habe, nachdem ich hier ebenso offen Ihnen jede Garantie, die überhaupt möglich war, gegeben habe, daß die Heeresverwaltung aus den bitteren Erfahrungen dieses Monats die nötige Lehre für die Zukunft ziehen wird, und nachdem ich die sehr herbe Bille für einen Verwaltungskonflikt, die in der Regerevolution und der Überweisung des Grundstücks von meinem Etat auf einen anderen lag, ohne eine Mine zu verzeichnen, heruntergeschickt habe. (Sehr gut! rechts und in der Mitte. Weiterlekt.)

Hinsichtlich der Machtprobe gestatte ich mir, den Herren, die vorhin sehr richtig gerufen haben, zu bemerken, daß sie die sogenannten Säbelkittler haben doch etwas unterschätzt. Wenn es der Heeresverwaltung auf eine Machtprobe mit dem Reichstagsantrage — davon ist übrigens keine Rede, und ich sehe auch keine Veranlassung dazu — wenn es darauf ankäme, dann würde sie sich ganz gewiß ein besseres Objekt dafür aussuchen als ein Grundstück in einer Nebenstraße von Berlin. (Sehr gut! und Weiterlekt.) Von einer Machtprobe ist keine Rede. Wenn Sie zu der Überzeugung kommen, daß Sie dem Vorschlag der Heeresverwaltung nicht zustimmen können, wird sie mit Haltung diesen Beschluß zu ertragen müssen. Für diese Vorlage ist nach meiner Ansicht nach allem, was über die Angelegenheit gesprochen wurde, nur maßgebend der Gedanke, die wirtschaftlichen und dienstlichen Interessen des Reiches. Ich bitte, nochmals die Situation mit mir durchzugehen. Doch eine Behörde wie das Militärkabinetts notwendig irgend wie zweckdienlich und am rechten Platz untergebracht werden muß, kann doch auch der nicht bestritten, der gegen die geschäftliche Stellung des Militärkabinetts Einwendungen zu erheben hat. Es ist notwendig, daß das Militärkabinetts jetzt in ganz unzulänglicher Weise untergebracht ist. Nicht etwa der Chef des Militärkabinetts, sondern das Bedürfnis ist hervorzuheben bei dem Unterpersonal und den Büros. Endlich wird doch niemand bestritten, daß nach der ganzen Entwicklung dem Chef des Militärkabinetts eine Dienstwohnung zusteht. Ganz gewiß kann man das heute erst recht nicht tun, nachdem eben erst dem Chef des Marinekabinetts, der eine Wohnung unter genau denselben Bedingungen verleiht wie der Chef des Militärkabinetts, ein Dienstgebäude zwei Straßen weiter gegeben worden ist.

Das ist die Situation auf der einen Seite, und auf der anderen Seite hat das Reich ein Grundstück in der Hand, das für die Zwecke des Militärkabinetts vorbereitet ist. Wie das Reich dazu gekommen ist, ist eine andere Frage, die ich heute nicht noch einmal zu erörtern brauche. Eine andere Verwendung für dieses Grundstück ist nicht vorhanden. Somit fallen die Gebäude einfach zusammen. Wenn unter diesen Umständen nicht mit dieser Vorlage vor das Haus getreten wäre, so würde es nicht nur unweckmäßig, nicht nur unwirtschaftlich, sondern meiner Überzeugung nach auch unverständlich und pflichtwidrig gehandelt haben. (Beifall rechts und in der Mitte.)

#### Abg. Stücken (Soz.):

Ist überhaupt der Versuch gemacht worden, das Anwesen zu verkaufen? Welche Schritte hat man getan? Diese Vor-

lage ist eine der unerhörtesten, die man dem Reichstage je unterbreitet hat. (Beifall der Soz.) Vor vier Wochen beschloß der Reichstag, dem Militärkabinetts das Grundstück nicht zu geben. Und jetzt soll das Militärkabinetts doch siegen! Die Heeresverwaltung will ihre Macht dem Reichstag gegenüber durchsetzen. Es handelt sich nur um eine Nachfrage zwischen dem General v. Lyndor, dem Chef des Militärkabinetts, und dem Reichstag. Der Reichstag will nicht, daß das Militärkabinetts dort hineinkommt. Wir werden in der Budgetkommission die ganze Frage noch einmal aufrollen. Die Heeresverwaltung rechnet auf die Uneinigkeit des Reichstags. Weil das Marinekabinetts ein neues Haus hat, soll das Militärkabinetts auch eins haben? Das soll uns eine Warnung sein, wenn wieder Grundstücke bewilligt werden. Gleich melden sich andere Stellen, die auch neue Häuser beanspruchen. Wenn der Reichstag zum Schaden, den das Reich hat, nicht noch den Spott der ganzen Welt auf sich laden will, dann muß er verhindern, daß der General seine Billa bekommt, die den Steuerzahlern jährlich 100 000 Mark kostet.

#### Abg. Lieching (Sp.):

Eine fahrende Abteilung Feldartillerie soll nicht, wie beabsichtigt war, nach Zabern verlegt werden. Die Stadt soll nun für die Unkosten, die sie bereits durch Vorbereitungen für die Unterbringung gehabt hat, entschädigt werden. Wir bitten um nähere Auskunft in der Kommission. Das Grundstück in der Viktoriastraße sollte entsprechend dem ausdrücklichen Wunsch des Reichstags nicht dem Militärkabinetts überliefert werden. Das dürfte unter keinen Umständen geschehen. Man soll doch mit dem Reichstag nicht spielen! Wenn wir jetzt zustimmen würden, so könnten wir keine Rührung mehr vor uns selber haben. (Sehr richtig! links.) Es wäre ein böser Präzedenzfall, der das Ansehen des Reichstags sehr schädigen würde. Das Budgetrecht des Reichstags würde dadurch verletzt werden.

Der Ergänzungsetat geht dann an die Budgetkommission.

#### Die Impffrage.

(Zweiter Tag.)

Die Aussprache über die Petitionen und Resolutionen zu der Impffrage wird fortgesetzt.

#### Abg. Thiele (Soz.):

Seheirat Kirchner hat nach seinen gestrigen Ausführungen jedes Anrecht verloren, sich über den wässren Ton seiner Gegner aufzuhalten. (Beifall der Soz.) Die Kirchnerischen Tabellen haben nichts bewiesen. Seheirat Kirchner behauptet, die Wehrheit unserer Kommission unterliege ein verdammenwertes Experiment. Er sollte doch seine Zunge besser in's Raume halten. (Sehr richtig! v. d. Soz.) Das Auftreten des Herrn Kirchner war ganz und gar nicht wissenschaftlich. Seinen Abgang verlohnte er dadurch, daß er mit der Faust auf den Tisch schlug. Damit beweist man nichts. Die Verantwortung für unsere Beschlüsse tragen wir selbst, da braucht sich Herr Kirchner keine Sorgen zu machen.

#### Präsident des Reichsgesundheitsamts Pumm:

Das Reichsgesundheitsamt ist der Ansicht, daß noch wie vor das Impfgesch ein bewährtes Schutzmittel bietet, um die schreckliche Gefahr, die in früheren Zeiten die Pockenpeste über Land und Leute gebracht hat, zu verhindern und zu vermindern.

Der polizeiliche Zwang, um die Impfung zu erreichen, ist nicht unbedeutend. Die Bundesregierungen müssen die Gesetze mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen, nicht nur mit den Mitteln des Reichsgesetzes, sondern auch der Landesgesetze. Das Reichsgesetz sagt über den polizeilichen Zwang gar nichts. Es ist demnach vollständig aus. Deshalb können die Landesregierungen die Durchführung dieses Reichsgesetzes erzwingen. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat die Frage ernstlich geprüft. Es ist zu der Überzeugung gekommen, daß in Preußen landesrechtlich die Anwendung von Zwang zur Durchführung der Impfung zulässig ist. Nun wird behauptet, daß das nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen wäre. Man hat sich dabei auf den Abgeordneten Vasker gestützt. Das genügt aber nicht, daß man sich auf die Reimungsüberzeugung eines einzelnen Abgeordneten beruft. Der Abg. Vasker war s. B. ganz anderer Ansicht. Ich gehe zu, jeder Fall, bei dem ein solcher Zwang vorkommt, ist unerwünscht. Gerade diese Fälle führen den Impfgegnern die meisten Freunde zu. Daher müssen die Behörden, ehe sie zu einem solchen Mittel greifen, alle anderen erschöpft haben. Sie müssen alles versucht haben, um die Eltern freiwillig dazu zu bringen, die zur Impfung zu schiden. Sie müssen sie mit Vernunftgründen überzeugen und ihr Vertrauen gewinnen. Das wird allerdings bei der Agitation der Impfgegner sehr erschwert.

Nach einer Verordnung des Reichsanwalters von 1911 soll polizeilicher Zwang nur eintreten, wenn böswilliger Widerstand zu überwinden ist. Ueber jeden einzelnen derartigen Fall wird aus jedem Bundesstaat sofort eingehend Bericht erstattet. Der Vorkauf, daß die Verträge jedes Land leichtsinnig impfen, ist ganz hin-fällig. Im Gegenteil, die Zahl der zurückgestellten Kinder nimmt ständig zu. Die Wiederimpfung hat einen sehr großen Erfolg gehabt. Würden wir die Gewissenskaufel einführen, so würde die große Zahl der Nichtgeimpften eine eminente Gefahr für die ganze Bevölkerung bedeuten. Als England 1908 die Gewissenskaufel einführte, haben sich im ersten Jahre 5,8 Prozent nicht impfen lassen. 1908 schon 18 Proz. und jetzt sind es etwa 40 Proz. Dabei hat England 1902 eine ganz erhebliche Pockenepidemie erlebt.

Tritt in einer Stadt die Pockenepidemie auf, dann verschwinden sofort die Gewissensbedenken und fast alle lassen sich impfen. (Abg. Thiele: Das geschieht aus Aberglaube!) Nein, das ist kein Aberglaube. Das habe ich 1906 in Mexiko selbst miterlebt. Dort haben sich die Einwohner fast ohne Widerstand impfen lassen und, als die damals herrschende Epidemie nach 14 Tagen, verschwunden war, herrschte eitel Freude. Als besondere Autorität für die Impfung erwähne ich Rudolf Virchow, der ja diesem Hause angehört und dem Uebergang Englands zur Gewissenskaufel für unbedeutend erklärt hat. Ich habe im Reichsgesundheitsamt fünf impfgegnerische Ärzte bei der Prüfung der Impffrage angehört. Die Herren werden Ihnen bestätigen, daß wir keinerlei Hemmnisse den Impfgegnern in den Weg gelegt haben. Wozu sollen wir denn eine neue eigene Kommission einsetzen, da es schon schwer wird, impfgegnerische Ärzte aufzufinden? In England hat eine eigene Kommission sieben Jahre lang beraten, und die Gegner sind auseinander gegangen, ohne zu einer Klärung gelangt zu sein. Wie sind jetzt daran, genaues Material zu sammeln. Warten Sie doch dieses Material ab, ehe Sie die Frage einer

Kommissions-Einsetzung erörtern. Deshalb bitte ich Sie, die Anträge auf Einsetzung der Kommission und Einführung der Gewissenskaufel abzulehnen.

#### Abg. Dr. Gerlach (Zentr.):

Angewiesenheit ist die Impfung ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Pockenepidemie. Das weiß jeder, der eine solche Epidemie miterlebt hat. Es kommen wohl Todesfälle nach der Impfung vor, aber ein direkter Zusammenhang ist nur höchst selten erwiesen worden. Dagegen ist es Tatsache, daß die Pockenkrankungen ganz erheblich abgenommen haben.

#### Abg. Dr. Reumann-Hofer (Sp.):

In einem Punkte könnten wir einig sein: daß es sich hier um eine eminent wissenschaftliche Frage handelt. Die Kommission hat mit ihrem Vorschlag eine bestimmte Stellung dazu eingenommen. Es ist unmöglich, daß der Reichstag so beschließt. Die Wissenschaft hat allein die Entscheidung. Jedenfalls sollte verhandelt werden, eine Verurteilung zu erzielen. Wenn weiter von beiden Seiten das schärfste Geschütz aufgeführt wird, so kommt sie nie zustande. Man soll die Streitenden an einen kommissionarisch zusammen-setzen. Dann wird die Präsidienkammer aufhören. Majoritäten entscheiden die Frage nicht. Der Antrag der Kommission ist ganz unannehmbar und zwar nach allen Richtungen hin. Nur das Reichsgesundheitsamt wäre imstande, eine sachliche Entscheidung zu treffen. Ich werde für den Antrag Arnstadt stimmen, der meiner Auffassung am nächsten kommt.

#### Medizinaldirektor Dr. Kirchner:

Das Impfgesch ist seinerzeit mit einer Mehrheit von 188 gegen 119 Stimmen angenommen worden. Professor Gerlach hat mir erklärt, daß er der lebhafteste Freund der Schutzimpfung ist. Herr Wegner hat sich beschwert, daß ich seit drei Jahren auf seine Angriffe nicht geantwortet habe. Eine gründliche Referenz in bezug auf Drücker'sche Impfungen kann man sich wohl nicht anfertigen. Herr Thiele hat mir etwas untergelegt, was ich nicht gesagt habe. Ich bitte also, besser zuzuhören. (Unruhe bei den Soz.) In welchen Formen hat man drei Jahre lang Drücker'sche Impfungen gegen mich verwendet? Mit Leuten, die so verfahren, kann man nicht verhandeln. Sollte ich vielleicht ein zu schwaches Wort gebraucht haben, so tut es mir leid. Aber die Sache, die ich vertrete und zwar nicht mit halbem Herzen, ist recht und gerechtfertigt und muß Recht werden!

#### Abg. Graf Oppersdorff (k. l. Fr.):

Die Debatte steht unter dem Zeichen der Einseitigkeit. Die Agitation muß scheitern an der Tatsache, daß die Epidemien stark eingeschränkt sind. Seheirat Kirchner soll sich durch die Angriffe der Impfgegner nicht beirren lassen. Als der große Ehrwürdige Bergmann einmal im Reichshaus für die Impfung eingetreten war, bekam er am nächsten Tage eine Zuschrift, die begann: „Sie Bier!“ Er hat sich vom richtigen Wege aber nicht abbringen lassen.

#### Vizepräsident Dove

teilt mit, daß eine sozialdemokratische Interpellation eingegangen ist, die an den Reichsanwalt die Anfrage richtet, ob er bereit sei, für Weckungen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen.

#### Abg. Dr. Graf Potodowsky (k. l. Fr.):

Die Anträge der Kommission müssen in weiten Kreisen Unruhe und Zweifel erregen. Der konservative Antrag ist nur ein taktischer Ausweg. Es ist unbedingt notwendig, daß die Regierung sich unangewisselt erklärt, ob sie entschlossen ist, an dem Impfgesch entschieden festzuhalten. (Zuruf: Ist ja schon geschehen!)

#### Abg. Bernheim (Soz.):

Woh in unserer Fraktion sind die Meinungen geteilt. Eine Minderheit ist gegen die Beschlüsse der Kommission.

#### Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.):

Sie haben ein Recht darauf, von dieser Debatte erschöpft zu sein. (Zustimmung.) Die Pockenverhinderungen haben nur abgenommen, weil die allgemeine Hygiene zugenommen hat. An ein Zwangsgesetz hat man beim Erlaß des Impfgesetzes nicht gedacht. Die Herren vom Regierungstische haben nicht allein Recht. Sie sollten die anderen wenigstens hören.

#### Ministerialdirektor Dr. Kirchner:

Wir haben mit allen Gründen für den Impfwang gesprochen. Herr Pfeiffer ist aber nicht befehrt worden. So wird es auch in der Kommission sein. (Zurufe v. d. Soz.: Sie geben ja auch nicht nach!)

Ein Antrag Klah (Sp.) will über die Resolutionen und Petitionen zur Tagesordnung übergehen. Damit schließt die Aussprache.

Es wird abgestimmt. Der Antrag Arnstadt (Konf.), der diejenigen Petitionen zur Berücksichtigung überweisen will, die nur eine Kommission zur Prüfung der rechtlichen und wissenschaftlichen Grundlagen des Impfstoffs fordern, wird angenommen. Die anderen Petitionen werden, ebenfalls nach dem Antrage Arnstadt, zur Erwägung überwiesen.

Die Resolution Dr. Pfeiffer (Ztr.), die die Einsetzung einer Kommission aus Impffreunden und Impfgegnern zur Klärung der Impffrage und Vorlegung ihres Materials in Form einer Denkschrift fordert, wird im Himmelssturm unter allgemeiner großer Heiterkeit mit 119 gegen 119 Stimmen abgelehnt. Auch die Resolution Bod., die nur die Einsetzung einer Kommission fordert, wird abgelehnt.

Das Haus vertagt sich. Donnerstag, 2 Uhr: Interpellation über die medienburaische Verfassungfrage. Keine Vorlesung.

Schluß 7 Uhr.

# Ein Rotbuch des Grafen Berapoto.

In die Mitglieder der Delegationen ist am Dienstag nach einer Plenarsitzung über die Balkanpolitik des Reiches vorgelegtes Rotbuch über die Balkanpolitik Österreich-Ungarns verteilt worden.

Das Rotbuch enthält 926 diplomatische Aktenstücke aus der Zeit vom 13. August 1912 bis zum 6. November 1913. Es beginnt mit einer Zusammenfassung, worin ein Meinungsäusserung über eventuelle gemeinsame Schritte der Mächte bei der Abwehr und den Balkanstaaten angedeutet wird, um einer drohenden Störung des Friedens am Balkan vorzubeugen. Aus dieser und noch deutlicher aus dem folgenden Telegramm vom 14. September 1912 an den Reichskanzler in Berlin erhellt, daß dem Wiener Kabinettsrat das Bestehen der damals noch geheim gehaltenen Verträge zwischen den Balkanstaaten bekannt war, und daß es, seiner bisherigen Politik getreu, nichts unversucht lassen wollte, um in enger Fühlungnahme mit den anderen Großmächten an der Erhaltung des Status quo am Balkan mitzuwirken.

Einen breiten Raum im Rotbuche nimmt Albanien ein, für dessen Schaffung Österreich-Ungarn und Italien unausgesprochen Hand in Hand traten. Sie vereinbarten das der Londoner Konferenz vorgelegte albanische Statut, die Vorläufe über die Abgrenzung des neuen Staatsgebietes und taten am 23. Juni 1913 den ersten Schritt am Balforscher Dose, der zur Wahl des Prinzen zu Wied führte.

Weitere Aktenstücke zeigen, wie sich das Wiener Kabinettsrat gegen die, oft mit großem Nachdruck seine Interessen Serbien und Montenegro gegenüber zu verteidigen, wo man mit der Unterzeichnung der Mächte rechnen zu können glaubte, bis die Monarchie endlich ergriffen war, am 18. Oktober 1913 die irische Regierung den Ernst der Lage in unzweideutiger Weise erkennen zu lassen. In den Bulgarien betreffenden Aktenstücken ist betont, daß das Wiener Kabinettsrat den rumänischen Wunsch nach einer Kompensation für verlorbenen Boden und der Sowjetregierung den Rat erteilte, durch eine direkte Aussprache mit Bulgarien die Grundlage zu einer dauernden Verständigung zu legen.

Das Rotbuch bringt dann eine Zusammenstellung von Schriftstücken über Rumänien, die offenbar dazu bestimmt ist, die schwankende und so viel angegriffene Politik des Grafen Berapoto gegenüber Rumänien zu rechtfertigen. Am 3. November 1912 wird dem Gesandten in Bukarest aufgetragen, dem König Carol zu erklären, daß Österreich-Ungarn bereit sei, den rumänischen Kompensationsansprüche keine Unterstützung zu leisten. Zum Beweis der Rumänien betreffs seiner Kompensationsansprüche genährten diplomatischen Unterstützung werden noch eine Instruktion vom 21. März 1913 bezüglich des Eintretens für die Abtretung Silistrias sowie Telegramme vom 23. Juni 1913 an die Gesandten in Athen und Belgrad in Angelegenheit der Balforscher Friedensverhandlungen angeführt. Zur Frage der Revision des Balforscher Friedens wird in einem offiziellen Auszug aus dem Rotbuche gesagt: Der Gedankenaustrausch zwischen den Kabinettsräten über die Anwendung des Grundgesetzes des Revisionenrechtes der Mächte führt, wie aus einem Telegramm des Grafen Thurn vom 11. August 1913 zu ersehen ist, zu einer freundschaftlichen Aussprache zwischen dem Wiener und dem Petersburger Auswärtigen Amte, die in ihren Auffassungen über den Balforscher Frieden vielfach übereinstimmen. In einem Telegramm vom 16. August 1913 reproduziert der Botschafter Graf Thurn eine Äußerung des Herrn Salonow, die dahin lautet, der Minister konsultierte mit Befriedigung die in der letzten Balkanpolitik zutage getretene Selbstständigkeit der Auffassungen beider Kabinettsräte und meinte, es wäre im Interesse der beiden Kaisermonarchien gelegen, wie bisher, in einem Gedankenaustrausch über die schwankenden Fragen zu bleiben, um gemeinsam an der Erhaltung des Friedens am Balkan zu arbeiten.

## Aus den Reichstagsausschüssen.

Berlin, 29. April.

### Die Auswärtige Politik im Budgetausschuß.

Der Budgetausschuß des Reichstages legte heute die Erörterung der auswärtigen Politik fort. Zunächst unterbreitete man sich über die Forderungen der Balkanpolitik, unter anderem zu Russland und England. Der Berichterstatter, Max Passermann, erregte dann am Ausgange über die mexikanische Wärsen und über die Betätigung der deutschen Regierung. Er fragte ferner, inwiefern die Nachrichten zutreffen, daß die mexikanische Revolution im Zusammenhang mit Unternehmungen anderer Erdölgesellschaften liege. Die mexikanischen Wärsen läßt den deutschen Interessen Verluste von Hunderten von Millionen Mark, außerdem bestreite große Gefahr für das Leben von Deutschen in Mexiko. Auskunft wäre auch zu wünschen über den Fall des deutschen Dampfers „Opiranga“. Die Behandlung dieses Dampfers steht doch zum mindesten im scharfen Widerspruch zu der ungeschwätchten amerikanischen Wärseneinfuhr für die Rebellen.

Der Staatssekretär gab einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte des jetzigen Konflikts. Die deutsche Regierung habe da, wo es angeht, war, vorsichtig vermittelnd gewirkt, sich jedoch im wesentlichen auf den Schutz der deutschen Interessen beschränken müssen. Zum Schutze sind zwei kleine Kreuzer, „Körnberg“ nach der Westküste und „Dresden“ nach der Ostküste entsandt worden. Der Gesandte in Mexiko sei ermächtigt, den Behörden durch Gewährung von Vorkrediten und Beihilfen, zum Verlassen des Landes behilflich zu sein. Den im Innern des Landes lebenden Deutschen sei geraten worden, sich in die Hafenplätze zu begeben und eventuell das Land zu verlassen. Die Aktion der großen südamerikanischen Republiken habe Deutschland in Mexiko unterstützt. Der Erfolg dieser Aktion wird aber vielfach skeptisch beurteilt. Die Behauptung, daß Erdölinteressen ihre Hand im Spiele haben, vermag er auf ihre Richtigkeit nicht nachzuweisen. Von dem Dampfer „Opiranga“ habe der amerikanische Kommandant zunächst verlangt, daß er mit den Waffen im Hafen bleibe. Die amerikanische Regierung habe das aber sofort korrigiert, und der Kommandant hat sich entschuldigt. Die amerikanische Regierung habe ihre Wünsche dahin festgestellt, daß der Dampfer die Waffen entweder an Bord behalten oder sie in der von den Amerikanern besetzten Zollstätte einladen möge. Die Hamburg-Amerika-Linie hat darauf die Weisung erteilt, daß das Freismaterial, das übrigens zum großen Teil amerikanischer Herkunft sei, von dem Dampfer zurückbehalten werden solle. Bezüglich der Zukunft Mexikos bemerkte der Staatssekretär, daß nach den Erklärungen des Präsidenten Wilson nichts gegen die Unabhängigkeit des Landes unternommen werden soll. Die Haltung Deutschlands müsse neutral sein. Die Beantwortung der Frage eines Zentrumsabgeordneten über die Haltung der deutschen Regierung, falls die Unabhängigkeit Mexikos bedroht würde, lehnte der Staatssekretär ab.

Der Berichterstatter erwiderte weiter am Ausgange über die Lage in Marokko. Die Unterwerfung Marokkos scheint im wesentlichen vollendet zu sein. Wie hat sich der deutsche Handel unter den neuen Verhältnissen entwickelt? Sind Behinderungen des deutschen Handels eingetreten? Wie steht es mit dem Ausbau des Hafens von Tanger? Der Zustand der meisten marokkanischen Häfen scheint sehr schlecht zu sein; insbesondere liegt das Versicherungsinteresse darüber. Sind die deutschen Interessen bei dem nun in Kraft getretenen Wärsenreglement gewahrt worden? Die Wärsenabgaben seien offenbar viel zu hoch. Warum konnte das Eingehen der Niederlassung der Orientbank nicht verhindert werden? Warum ist das Schutzeisak Marokko abgelehnt worden?

Der Unterstaatssekretär Zimmermann erwiderte, die handelspolitische Lage in Marokko entwickle sich befriedigend. Die Annahme, daß Frankreich bereits die Küste im Lande so weit hergesteuert habe, daß es als Protektionsmacht über die Marokkaner zum Zwecke der Truppenabhebung verfügen könne, teile er nicht. Für die baldige Öffnung des Hafens Agadir trete die deutsche Regierung ein, doch sei nach amtlichen französischen Mitteilungen noch nicht an die Öffnung zu denken, da die Unsicherheit noch zu groß und die zur Verfügung stehende Truppenmacht im Süden zur Beruhigung des Landes zu gering sei. Für den Bau des Hafens von Tanger werde jetzt das Auktionen ausgearbeitet.

Eine Reihe anderer Mächte hatten der Verbesserung. Unsere Interessen seien selber tätig, die Möglichkeiten für die deutsche Schifffahrt zu erleichtern. Daß die Deutsche Orientbank ihre Niederlassungen in Marokko aufgeben hat, behaupte die deutsche Regierung lebhaft. Es liege zu hoffen, daß sie mit Hilfe einer anderen Bank wieder zu einer deutschen Bankvermittlung in Marokko kommen. Der Unterstaatssekretär äußert sich noch kurz über die Gründe, weshalb die deutsche Regierung Marokko nicht in das deutsche Schutzbereich aufgenommen hat. Es sei nachgewiesen, daß Marokko in der spanischen Zone Unruhe angeregt habe.

Ein Nationalliberaler befragte die bisherigen Ergebnisse der Unterwerfung in der militärischen Detachierung der Marokkaner, insbesondere in der Ausbildung von marokkanischer Kavallerie. Die früher gefangenen Gefangenen seien im vollen Maße eingetroffen, wie auch auf der anderen Seite sich die Befürchtungen über die Weidung des Kontrabandgebietes durch die Schiffsrauferei bewahrt haben.

Der Unterstaatssekretär bemerkte, daß nach Aussage von Männern, die Kaufmann aus eigener Anschauung kennen, die Schiffsrauferei dort nicht so gefährlich auftritt, wie behauptet sei. Der neue Erwerb entsprache nach ihrem Urteil dem besten Teil von Afrika und man müsse die Auffassung zurückweisen, als ob wir mit diesem Erwerb ein schlechtes Geschäft gemacht hätten. Bezüglich der Fremdenlegation sei mit Frankreich eine Verständigung erfolgt, daß Kinder, unter 20 Jahre alte Deutsche, die sich haben anwerben lassen, freigegeben werden können. Der Weidungsfrage in Deutschland muß gegeben werden. Die Wirkung wärsenlicher Wärsen vor der Fremdenlegation sei zweifelhaft. Viel mehr könne die Familie und die Schule wirken.

Ueber die Lage in China äußerte sich der Unterstaatssekretär im Sinne seiner früheren Äußerungen. In der Frage der Konzessionsvermehrung sei es richtig, daß Belgien sich besonders erhebt. Konzessionen in der Mongolei geschähe. Es bleibe aber dahingestellt, ob es sich dabei um belgisches Kapital handelt. Sodann hat die französische Banque Industrielle de Chine für eine Anleihe von 150 Millionen sich wichtige Vorverträge zu Eisenbahn- und Kohlenkonzessionen verschafft. Es sei bedauerlich, daß die deutsche Finanz sich zurückhält. Die Konzessionen, die Deutschland auf Grund des alten Tingtau-Vertrages erworben hat, seien befriedigend gesichert. Dem Ausbau des Konsulatswesens werde volle Aufmerksamkeit zugewandt. Deutschland stellt unter den ausländischen Vertretern der chinesischen Regierung eine sehr erhebliche Zahl, im Rüstungswesen den Major Kufmann, für die öffentlichen Arbeiten den Geheimrat Bauer, für die Salzverwaltung die Herren v. Strauß und Dr. Mohr, für die Finanzen den Bankdirektor Arnold; ferner werden gestellt zwei Hauptleute als Instruktionsoffiziere, mehrere Lehrer beim Unterrichtsdepartement und der Landesgeologe Dr. Solser beim Handelsministerium.

Ein Konservativer bedauerte den Niedergang des deutschen Einflusses in China; er hätte gewünscht, daß die bei den Dampferunternehmungen in Aussicht genommenen Ersparnisse anderweit für die Verbreitung des deutschen Einflusses in China zur Verwendung gelangen.

Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen.

### Der Landtagsauschuß

nahm heute nach längerer Pause seine Beratung wieder auf. Es sollte die dritte Lesung beginnen. Dazu liegen zwei Anträge vor, der bekannte Konzentrationen-Antrag des Zentrums und ein Antrag des Berichterstatters, Dr. v. Schulz-Gavernitz (Sp.), der die Uebertragung der vom Reich in Anspruch genommenen Befugnisse an Dritte auf einen Zeitraum von höchstens zwanzig Jahren (Art 30) herabsetzt und ausführliche Bestimmungen für die Reichslandtagsgesellschaft trifft. Es entspann sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Da der Berichterstatter an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, wurde Beratung beschlossen.

### Der Auschuß für Hausierhandel und Wanderlager

legte seine Beratungen bei dem Antrage des Zentrums fort, den Hausierhandel von der Bedürfnisfrage abhängig zu machen. Die Regierung erklärte dazu, daß sie dem Antrage aus formellen und sachlichen Gründen nicht zustimmen könnten. Es sollen aber weitere Untersuchungen über die Bedürfnisfrage eingeleitet werden. Zwei Sozialdemokraten und ein Fortschrittler sprachen sich gegen den Antrag aus. Die Vertreter der Nationalliberalen und der Konzentrationen erklärten, daß der Zentrumsantrag gesetzgeberische und verwaltungsrechtliche Schwierigkeiten biete, daß er auch nicht genügende Rücksicht nehme auf den berechtigten Hausierhandel, und daß es an ausreichendem statistischen und volkswirtschaftlichen Material zur Beurteilung der Streitfrage fehle. Nach weiterer Beratung wurden die Verhandlungen abgebrochen.

### Landespolizeilicher Prüfungstermin der Straßenbahn Siegen-Krofdorf.

ib. Siegen, 29. April.

Gestern nachmittag fand im Bürgermeisterei-Gebäude im Stadtvorordneten-Sitzungssaal der landespolizeiliche Prüfungstermin für das Projekt einer Straßenbahn von Siegen nach Krofdorf statt, soweit es sich um die Linienführung bis an die heilich-prunkliche Grenze handelt. Die Verhandlungen wurden für das Reich am vom Regierungsrat Langermann geleitet. Als Vertreter des Ministeriums, Abteilung für Finanzen, war der Rat Knapp-Darmstadt erschienen. Ferner waren im Termine vertreten die Eisenbahn-Direktion Frankfurt a. M. durch Oberbauamt Rügenberg, die Ober-Postdirektion Darmstadt durch Ober-Postinspektor Beutler, die Siebertalbahn durch den Direktor Dr. Drewes, die Kultur-Inspektion durch Kultur-Ingenieur Kunzler, die Stadt Siegen durch Oberbürgermeister Keller, Direktor Stolte und Stadtbaumeister Braubach, ferner das Kreisamt durch Bauinspektor Hecker und das Polizeiamt durch Regierungsrat Gebhardt. Außerdem waren Stadtverordneter Heinrich Wünn und Kaufmann Gabriel erschienen.

Das in Plänen vorliegende Projekt, welches der Vorliegende Regierungsrat Langermann zur Einmündung empfiehlt, lag auf Tischen aus; es sieht eine Linienführung von der Ede Bahnhofsstraße-Kreuzung durch die Kreuzung über die Bahndämme, die Rodheimer Straße einziehend neben der Hardt-Allee bis zur Hardt, dann rechts am den Hardtberg, bis zur Landgrenze vor.

Der Vertreter des Ministeriums, Baucrat Knapp, bemerkte, daß er Einwendungen gegen das vorliegende Projekt nicht zu machen habe. Oberbürgermeister Keller überreichte einen bei ihm eingegangenen Einbruch des Stadtv. Wünn, der vom Regierungsrat Langermann zur Berichtigung gebracht wird. Darin weist Herr Wünn darauf hin, daß er schon in der Stadtvorordnetenversammlung Widerspruch gegen die Linienführung der Bahn erhoben hat, er habe dem Widerspruch die gleiche Begründung gegeben, wie er sie heute mache. Es sei zu beanstanden, daß die Bahn von der Kreuzung durch die Unterführung der Rain-Weberbahn laufen soll, welche ein Profil von 4,85 m habe. Diese Unterführung genüge schon jetzt dem Verkehr nicht mehr; durch das zahlreiche Fußwerk, das dort verkehre, seien schon öfters Unfälle veranlaßt worden. Geradezu gefährlich sei der heutige Zustand an Marktagen, wo der Verkehr nur mit äußerster Vorsicht sich abspielen könne. Durch eine Straßenbahnführung an jener Stelle würden die Gefahren für den Verkehr noch erheblich vermehrt, so daß die Behörde nicht ruhig abwarten könne, bis es zu spät sei. Auch auf der Bahndämme bestreife schon jetzt ein sehr großer Fußwerkverkehr und die die Brücke überlaufenden schweren Lastwagen könnten schon jetzt der Siebertalbahn nur mit großer Mühe ausweichen, besonders bei dies der Fall, wenn die Fußwerke sich auf der Brücke begehen. Mit einer Straßenbahn über diese Brücke würde der Fußwerkverkehr noch mehr beengt und erhöht werden. An der Rodheimer Straße sei vorgegeben, daß das rechte Bankett um etwa 1,11 m verschmälert werden soll. In Rücksicht auf den starken Fußgängerverkehr ist diese geplante Maßnahme unmöglich. Schließlich würde die vorgesehene Verlegung der Siebert-

albahn um 1,05 m mit großen Schwierigkeiten und Kosten für die Stadt Siegen verknüpft sein.

Oberbürgermeister Keller erklärte, er habe den Einspruch Wünn erst kurz vor der Versammlung erhalten, so daß es unmöglich gewesen sei, in eine Prüfung der besprochenen technischen Fragen einzutreten, er müsse sich seine Erklärungen vorbehalten. Regierungsrat Gebhardt hält die Fahrbahn der Brücke für breit genug, um noch eine Straßenbahn darüber zu führen. Die Unterführung an der Kreuzung sei allerdings etwas schmal, es sei noch keine Ansicht aber doch nicht unmöglich, mit einer Straßenbahn durchzuführen. Es gäbe in der Stadt gefährlichere Stellen für den allgemeinen Verkehr, wo die Straßenbahn durchfährt, die Lenker der Fußwerke müssen eben vorsichtig sein. Er sagt aber als Vertreter des Polizeiamtes zu, die vorgebrachten Bedenken zu prüfen.

August Gabriel bemerkt, daß auch er der Ansicht sei, daß der Stadtv. an der Kreuzung bei dem jetzt schon starken Verkehr für eine Straßenbahn keinen Raum mehr bietet, aber die größte Gefahr bringe für den Verkehr auf der Bahndämme und auf der Rodheimer Straße das Nebeneinandergehen der Siebertbahn und der Straßenbahn. Die Ausführung der vorgeschlagenen Linienführung sei unbedenklich. Er verweist darauf, daß täglich 10 Züge nach Rodheim und 10 Züge von Rodheim die Strecke passieren, hierzu kommt der gewaltige Verkehr von Automobilisten und Lastwagen. Will man die Straße nach Rodheim für eine Straßenbahn benutzen, so könne dies nur unter Benutzung der Schienen der Siebertalbahn geschehen, zu denen eine dritte Schiene eingebaut werden kann, oder der Staat oder die Stadt müsse die Siebertalbahn kaufen. Mit der Linienführung bis zur Hardt ist Herr Gabriel einverstanden, die weitere Strecke um die Hardt herum durch das Kreuzungsfeld nach Krofdorf ist nach Ansicht des Redners falsch. Die Strecke müßte vor der Hardt links am Hardtberg entlang nach Drenkelheim, von dort am Windhof vorbei bis Wendenhagen führen und dort für den Güterverkehr an die Staatsbahn anschließen, dann aber von Wendenhagen nach Krofdorf weiter gehen. Es sei dies, wie Gabriel behauptet, der kürzere Weg und man könne dann auch bis Rodheim eine Verbindung herstellen, wodurch das Hinterlandbahn-Projekt gefördert und zum Teil schon verwirklicht werde.

Oberbauamt Rügenberg setzt voraus, daß die Stadt Siegen wenn sie die Bahn unter der Unterführung an der Kreuzung durchfährt, vorher um die Genehmigung der Eisenbahnbahnbahndirektion nachsuchen müsse. Die Linienführung, die von Herrn Gabriel vorgeschlagen ist, über Drenkelheim-Wendenhagen würde niemals die Genehmigung erhalten, da die Siebertalbahn, welche die Konzession habe, dadurch geschädigt würde. Ganz ohne Aussicht aber sei eine Verbindung von Wünn zwischen Siegen und Wendenhagen.

Regierungsrat Langermann bemerkt, daß es nicht die Aufgabe der Verhandlungen ist, neue Projekte einzugucken und deren Ausführbarkeit zu prüfen, man habe sich allein mit dem Projekt, welches vorliegt, zu beschäftigen und gegebenenfalls Einwendungen, die sich dagegen richten, entgegenzunehmen.

Der Vertreter des Ministeriums, Baucrat Knapp, erklärt, daß ihm die vorgetragenen Bedenken gegen die Linienführung über die Bahndämme und die Rodheimer Straße inmierhin höchstwert erschienen, er verweise aber darauf, daß es ähnliche schwierige Verkehrsprobleme in den Großstädten ebenfalls gebe, man aber trotzdem dort Straßenbahnen baue, und daß sich der Verkehr bei einiger Vorsicht ganz ungehindert nachher schalte. Man müsse natürlich das hier vorgetragene eingehend prüfen. Er bitte um Angaben, wie stark der Verkehr über die Brücke und durch den Durchgang der Rain-Weberbahn eigentlich sei.

Der Vertreter des Polizeiamtes verspricht, den Verkehr, wie er sich tatsächlich ergeben wird, feststellen zu lassen, er verweist aber darauf, daß es innerhalb der Stadt viel gefährlichere Stellen für den Verkehr gibt und daß trotzdem dort die Straßenbahn fährt, ohne den Verkehr zu hindern oder zu erschweren.

Stadtverordneter Wünn weist darauf hin, daß über die Bahndämme zur Stadt meistens schwere Lastfahrwerke mit Kohlen, Baumaterial, Ladungen nicht unter 70-80 Zentner, verkehren; hieraus kommt der starke Verkehr nach Bieders Brauerei und umgekehrt von dort zur Stadt. Lastfahrwerk kann aber bekanntlich nicht so schnell ausweichen, wie der leichte Wagenverkehr, den wir in der Stadt antreffen. Der Redner bittet, diesen Umstand bei der Prüfung mit in Erwägung zu ziehen.

Es wird hierauf ein Einspruch der Allgemeinen Kleinbahn gegen das städtische Projekt einer elektrischen Bahn nach Krofdorf erhoben, welchem sich der eridische Direktor Dr. Drewes anschließt. Er bemerkt, daß vor 16 Jahren, als das Projekt der Siebertalbahn vorlag, die Vertreter der Stadt Siegen erklärt haben, die Bahndämme und der Stadtv. der Rain-Weberbahn seien nicht breit genug für die Kleinbahn. Es unterließ daher die Einführung der Bahn bis Ewaldsgraben, wie man plante, die Bahndämme aber wurde mit einem Kostenaufwand von 30000 Mark von der Siebertalbahn auf beiden Seiten verbreitert. Würde man der Stadt die Benutzung der Fahrbahn der Brücke zu einer Straßenbahn überlassen, so müßte sie einen Teil der aufgewandten Kosten für die Verbreiterung zurückvergüten. Es sei unmöglich, die Lage der Siebertalbahn, wie es das städtische Projekt ins Auge faßt, um etwa einen Meter an die Bahner heran zu verlegen. Nach der Ansicht der Anlieger an der Rodheimer Straße, die diese bei Projektierung der Siebertalbahn als Beweise dagegen seinerzeit vorgebracht, war die jetzige Lage der Siebertalbahn schon lösend und es wurde eine Abgrenzung der Bahn vom Bürgerweg durch Güter verfanat. Es sche daraus hervor, daß die Rodheimer Straße für 2 Bahnen nicht breit genug sei, in der sich der Verkehr seit 16 Jahren doch gewaltig gehiegt hat.

Ober-Postinspektor Beutler erklärte für die Oberpostdirektion Darmstadt, daß er es noch für verfrüht halte, Anträge zu stellen, denn noch liege der Traktat der Bahn nicht fest, er behalte sich aber die Anträge betreffs der Hochspannungströmung der Stadt Siegen bis später vor.

Der Vertreter der Kulturinspektion stellt Anträge betreffs der Turmklasse und bringt Wünsche kulturtechnischer Art vor, deren Erfüllung als selbstverständlich beim evtl. Bau der Bahn zugesagt werden.

Kreisbauinspektor Hecker bemerkt, daß die Benutzung der Brücken und Straßen, soweit sie Eigentum des Kreises sind, durch die geplante Trambahn von einer Genehmigung des Kreisaußschusses abhängig sind.

Oberbürgermeister Keller bittet um eine Abschrift des Protokolls über die Verhandlung. In der Angelegenheit der Straßenbahn nach Krofdorf im preussischen Gebiet habe er ein Schreiben des Regierungspräsidenten erhalten, welches er wegen der darin enthaltenen Anfragen erst zur Beratung der Stadtvorordneten stellen wolle. Bis dahin könne man die erhobenen Einwendungen prüfen und dann erst in der Sache in einem neuen Termin verhandeln.

Baucrat Knapp bemerkt, daß er nach Prüfung der Pläne die erhobenen Bedenken wegen der Brücke nicht in dem Maße teilen könne, wie sie hier vorgetragen seien. Wärsenwert wäre eine Abmachung der Stadt mit der Siebertbahn, wonach die Straßenbahn durch Einbau einer dritten Schiene auf demselben Gleisweg bis zur Hardt-Allee fahren kann. Wie schon bemerkt, gebe es in jeder Stadt derartige Verkehrsverhältnisse für den Verkehr. Wenn man sich von Bedenken solcher Art leiten lasse, wie sie hier geäußert seien, dann könne man überhaupt keine elektrischen Bahnen bauen. Der Verkehr müsse sich eben an die gegebenen Verhältnisse der Entwicklung gewöhnen und gewöhne sich auch sehr schnell daran.

Damit war der Prüfungstermin beendet.

### Provinzial-Auschuß der Provinz Oberhessen.

Siegen, 29. April.

Anwesend: Geheimrat Dr. Winger, als Vorsitzender und 4 Mitglieder. Beginn 9. Uhr. 1. Klage des F. Pfeiffer zu Siegen gegen die Stadt Bad-Nauheim wegen Heranziehung zu Straßenkostenbeiträgen. Auf Grund des Art. 21 der Allgemeinen Bauordnung und des § 5 der Ortsbauordnung der Stadt Bad-Nauheim wurde Pfeiffer für seine in

der Schülerkrasse und an dem Groß-Hilfswing zu Bad-Rauheim errichteten Neubauten mit Straßenkostenbeiträgen herangezogen. Er erhob hiergegen Klage und bestritt sowohl seine Beitragspflicht, als auch die Höhe der Zuschläge und behauptete, daß Verjährung eingetreten sei, weil die Beiträge mit der Errichtung der Gebäude fällig geworden, aber erst nach 10 Jahren angefordert worden seien. Die Stadt Bad-Rauheim stützte sich demgegenüber darauf, daß der Ausschlag der Beiträge offenkundig habe, ohne daß ein Einspruch erfolgt sei. Näher sei die Verjährung rechtskräftig. Eine Verjährung könne erst nach 30 Jahren eintreten. Der Provinzialausschuß wies die Klage kostenfällig ab.

2. Klage der Gemeinde Großen-Bufed gegen Groß-Kreisamt Sieben wegen Veränderung der Zuchtrichtung. Die Gemeinde Großen-Bufed, die bisher einen Ober der deutschen Edelweinsteife befaß, will in der Folge einen solchen der veredelten Land-schweinezucht halten. Es entspricht dies einem Wunsch der Mehrzahl der Schweinezüchter und Landwirte von Großen-Bufed. Der Kreisaußschuß des Kreises Sieben wies den Antrag der Gemeinde ab mit der Begründung, daß das deutsche Edelschwein sich für den Verkauf besser eigne. Nach Anhörung des Kreisveterinärarztes als Sachverständiger gab der Provinzialausschuß heute der Berufung der Gemeinde gegen das Urteil des Kreisaußschusses statt.

3. Gesuch des Julius Kreiswieser zu Bad-Rauheim um Erlaubnis zum Betrieb einer Gastwirtschaft. In dem Gebäude wurde seither Schankwirtschaft betrieben. Die Stadtverordnetenversammlung von Bad-Rauheim bejahte die Bedürfnisfrage, das Polizeiamt sprach sich aber gegen Erteilung der Erlaubnis aus, da die bisherigen Inhaber der Wirtschaft nicht hätten bestehen können. Das Kreisamt Friedberg trug deshalb Bedenken, die Erlaubnis zu erteilen und legte die Akten dem Provinzialausschuß vor. Nach Berechnung verschiedener Mengen entschied dieser, daß dem Gesuche stattzugeben sei.

### Wandern und Reisen, Bäder und Sommerfrischen.

Bad Salzhausen, 1. Mai. In wenigen Bädern Deutschlands haben wir das Salzbad Salzhausen bereits um das Jahr 800 bekanden. Das ursprünglich zum Bistum Fulda gehörende Salzbad war lange weidlich im Besitze der Grafen von Jülich-Bonn und Ridda, sowie des Johanniterordens. Gewerksmäßig werden die Solequellen erst vom 15. Jahrhundert ab durch Versteigerung sowohl, wie auch von Ausländern, die der Art des hohen Salzgehaltes lottte, zur Solegewinnung, jedoch nur mit unbedeutendem Erfolg benutzt. Selbst ein Vicentius von Dorned war, obgleich vom Landgrafen von Hessen unterstützt, nur mit geringem Erfolge tätig. Erst am Ende des 16. Jahrhunderts war es dem Amtmann der Grafschaft Ridda, Roland Krug, nach dem noch heute ein lausiger Ruderklub „Rolandkrug“ und ein neu erbautes modernes „Kaisersbad“ benannt sind, vorbehalten, drei Quellen lassen und neue Solewerke anlegen zu lassen. Mit Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die 1729 aus dem Besitz der Familie Krug von Ridda an den hessischen Staat käuflich übertragene Sole-Linie nach Erbauung eines Kurhauses und Anlage weitläufiger Parkanlagen und Promenadenwege in ein Solbad umgewandelt. Dieses Bad Salzhausen, das bereits im 18. Jahrhundert größte Bedeutung als das berühmteste Bad-Rauheim gehabt, und nach dem damals der Zug der Gesellschaft aus dem sächsischen Teil der Provinz Oberhessen ging, konnte sich im 19. Jahrhundert, während die neuen Taunusbäder unter dem Einfluß der modernen Verkehrsmittel einen ungeheuren Aufschwung und Weltruf erlangten, nicht zeitgemäß orientieren, bis auch es endlich durch die Bahneröffnung Ridda-Friedberg dem internationalen Verkehrsnetz angeschlossen wurde. So ist nun auch für Bad Salzhausen nach etwa einhundertjährigem Dornröschenschlaf die Zeit gekommen, die es einer neuen Zukunft entgegenführt. Seine hervorragenden Sols-, Stahl-, Natrium- und Sulfid-Quellen gewähren gute Verträglichkeit bei den verschiedenartigen Krankheiten und sein großer, alter Ischur Park im Anschluß an ausgedehnte Waldungen bietet Ruhebegrünten angenehme Erholung.

### Wissenschaftliche Gesellschaft für Lufttechnik.

Dresden, 28. April. Unter zahlreicher Beteiligung ihrer Mitglieder hielt hier die wissenschaftliche Gesellschaft für Lufttechnik ihre erste Tagung ab. Als Vertreter des Reichsausschusses war Oberregierungsrat Albert erschienen. Außerdem hatten das Reichsministerium, der Admiralstab der Marine, preussische und sächsische Ministerien und die Flieger- und Militärtruppen Vertreter entsandt.

Der Vorsitzende, Geheimrat Regierungsrat Dr. v. Büttner, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Teilnehmer. Geheimrat Regierungsrat Albert bezeichnete es in seiner Ansprache als charakteristisch, wie wir in Deutschland an die Spitze des Flugwesens gelangt seien. Es sei genau so gekommen wie beim Bau von Lokomotiven und Automobilen, wie beim Schiffbau. Der Deutsche warke erst ab, bis eine sichere Grundlage geschaffen sei, dann gehe er aber auch mit Feuerwerk ans Werk. Jetzt sei es so weit gekommen, daß sogar der heimische Kreisminister sich veranlaßt gesehen habe, eine Untersuchung darüber anzustellen, mit welchen Mitteln man in Deutschland den Fortschritt im Flugwesen erzielen habe. Der Redner wünschte der Tagung namens der Reichsregierung einen vollen Erfolg. Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Protokoll der Gesellschaft, Prinz Heinrich von Preußen, zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, der Versammlung beizuwohnen zu können. An ihn sowie an den Kaiser und den König von Sachsen wurden Luftdromostelegramme abgesandt. Die Zahl der Mitglieder der Gesellschaft betrug sich auf 422. Als Ort für die nächste Tagung wurde Hamburg bestimmt.

Die Versammlung stimmte dem Bericht des Vorsitzenden zu, daß die Gesellschaft in Zukunft „Wissenschaftliche Gesellschaft für Lufttechnik“ heiße, da sie nicht nur Fragen der Flugtechnik, sondern darüber hinaus alle Fragen der Luftfahrt erörtere. Den ersten wissenschaftlichen Vortrag hielt hierauf der Rektor der Technischen Hochschule Hannover, Professor Ober, der über das Thema „Die Technischen Hochschulen im Dienste der Flugtechnik“ sprach. Er bezeichnete die Technischen Hochschulen als den natürlichen Boden, auf dem Luftfahrt und Flugtechnik bei ihrem Weiterleben nach neuen Verfahren und neuer Erkenntnis ihrer Gehege leben müssen. Die Luftfahrt hat zwei Aufgaben: sie muß erstens der Landesverteidigung und zweitens dem Verkehr dienen. Der Redner kam dann auf die Verhältnisse in Hannover zu sprechen, wo jüngst ein Flugplatz angelegt worden sei. Er habe sich sofort mit der

Militärbehörde ins Einvernehmen gesetzt, um ein Zusammenarbeiten dieser Behörde und der Hochschule herbeizuführen. Die Hochschule werde dabei zweierlei zu leisten haben: die wissenschaftliche Vertiefung der auf dem Flugplatz gemachten Erfahrungen und die Heranbildung von akademisch gebildeten Flugzeugführern und Konstrukteuren. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Bildung einer Studiengesellschaft geplant, die an die Wissenschaftliche Gesellschaft angegliedert werden soll.

Die weiteren Vorträge waren mehr technischer Natur. Prof. Knoller sprach über die Festlegung aerodynamischer Begriffe, Professor Dr. Reigler (Berlin) über den wissenschaftlichen und technischen Stand der Propellerfrage. Axelberg v. Zoden (Friedrichshafen) machte Mitteilung von Untersuchungen an Luftschrauben am Stand und in der Fahrt beim Luftschiffbau Zeppelin. Prof. Dr. v. Karmann (Köln) behandelte Längsinstabilität und Längsschwingungen von Flugzeugen. Am Abend folgten die Teilnehmer der Versammlung einer Einladung der Stadt Dresden in die Festräume des Rathauses.

### Luftschiffahrt.

Leipzig, 29. April. Das Luftschiff „S. V. II“ hat nach 1/12 Uhr in bedeutender Höhe die Stadt in nordwestlicher Richtung überflogen.

Leipzig, 29. April. Das Luftschiff „S. V. II“ (Schütte-Ranz) wurde um 1 1/2 Uhr über Zeitz geflogen. Um 3 1/2 Uhr erließen es wieder über Leipzig und warf die Richtung ab, daß es um 5 Uhr landen sollte. Um 5 Uhr 15 Min. ist es glatt im hiesigen Luftschiffhafen gelandet.

Hamburg, 29. April. (Privat-Telegramm.) Das Luftschiff „Dania“ ist heute nachmittags 4.05 Uhr auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel wieder gelandet. Es soll zu einer Rundfahrt sofort wieder aufsteigen.

Kiel, 29. April. (Privat-Telegramm.) Das Luftschiff „Dania“, das heute morgen in einer längeren Uebungsfahrt ausgehten war, ist um 1/10 Uhr, von südlicher Richtung kommend, über der Stadt eingetroffen und hat die Fahrt über die Gedenkbrücke fortgesetzt.

Paris, 29. April. In Rouen erschloß sich der bekannte Flieger Pégibère aus Verzweiflung darüber, daß er nicht imstande war, die Weidmühl zur Ausführung eines von ihm erfindenen Flugzeuges aufzubringen.

### Vermischtes.

\* Grubenunglück. Aus Bessen (Schwizgaria), 28. April, wird gemeldet: Als eine volle Schicht von Bergleuten 600 Fuß unter Tage arbeitete, ereignete sich in der Kohlengrube von Eccles eine Explosion. Einer Rettungsmannschaft, die sofort zusammengestellt wurde, gelang es, das Ende eines Schachtes zu erreichen. Sie brachte zwei Bergleute, die harte Brandwunden erlitten hatten, an die Oberfläche. Man glaubt aber, daß die Verletzten nicht am Leben bleiben werden.

\* Meuterei in einem russischen Orfanat. Aus Petersburg, 29. April wird gemeldet: Im Orfanat von Wolokno erschlugen die Zwangssträflinge einen Aufseher und verletzten einen andern schwer. Dann streiften sie die Matten in Brand, um die dadurch entstehende Verwirrung zu benutzen und mit den Waffen der Aufseher zu fliehen. Militär und Polizei nahmen das Orfanat unter Feuer. Sechs Sträflinge wurden erschossen und einer verwundet. Die Ordnung ist wieder hergestellt.

\* Tollwut unter Vögeln. Der Dacht genügt seit langem dem Kal, einer der rabiaten Fische zu sein, aber daß er sogar einer Krankheit zugänglich ist, die alle Merkmale einer Tollwut aufweist, ist bisher nicht bekannt gewesen. Otto Herbig gibt darüber in der „Deutschen Fischereiforschung“ Auskunft. In der Agger, einem Nebenfluß der Eise, werden Hechte gefangen, die wegen ihrer Schmalheitigkeit besonders geschätzt sind. Diese Fische haben nun aber ein Benehmen gezeigt, das auffallend und bezeichnend genug war, um die Aufmerksamkeit der Sachverständigen auf sich zu lenken. Fische fanden auch diese zunächst vor einem Kistchen. Die Fische kommen an die Oberfläche und schwimmen in größter Aufregung umher, wobei sie das Maul über Wasser halten, als ob sie von der größten Angst vor ihrem Lebenselement befallen wären. Inerit ist diese Erscheinung in den Wasserflächen aufgetreten, die von den Badegästern der letzten Jahre zurückblieben. Alle Fische schienen sich dort zusammengefunden zu haben. Sie bereiteten den Anglern schon dadurch eine unliebsame Ueber-reisung, daß sie beim Fang in rücksichtslosster Weise um sich ließen. Das ist aber auch schon sonst vorgekommen und es erscheint als ihr gutes Recht. Das geschilderte Benehmen der Fische konnte aber nicht lange verborgen bleiben, zumal die Angler immer wieder die Vermutung machten, daß die erbeuteten Fische alle mit aufgeregtem Kochen an die Oberfläche kamen. Dabei scheint aber die Krankheit nicht schnell zum Tode zu führen, und namentlich einige besonders starke Fische haben sich bisher nicht fangen lassen und sorgen ohne Zweifel für eine weitere Verbreitung der Seuche. Mit dem Namen der Tollwut, den man dieser Krankheit beilegt hat, ist vorläufig wenig gesagt, da eine Verunsicherung dieser Krankheit mit der gleichnamigen des Hundes wohl nicht behauptet werden kann. Man hat sich fürs erste damit begnügen müssen, auch Sportangler zum Hechtfang in diesen Gewässern besonders einzulassen, damit alle kranken Fische möglichst bald weggenommen werden. Allerdings werden sich die Liebhaber dieses Fischfangs mit besonders harten Anglergeräten versehen müssen, da es sich hier um schwere Exemplare handelt, was auch die Anpreisungskraft der Kaffordernung erhöhen dürfte. Hoffentlich wird durch dies sonderbare Ereignis wenigstens die Kunde der Fischkrankheiten um eine neue Aufklärung bereichert werden.

\* Einennägig. Verleger: „Sie müssen sich bei Ihren Schüberungen etwas nähigen. Herr Bluffel! Es sind junge Leute durch die Vektüre Ihres letzten Romans nämlich zu Beredsamen geworden und ins Lusthaus gewandert... dadurch haben wir mehrere von untern treuen Abonnenten verloren.“ \* Sein Grund zur Besorgnis. „Kellner, sehen Sie denn nicht, daß Sie zwei Finger in der Suppe haben?“ „Dank, Herr, aber die Suppe ist schon kalt, und ich habe mir nicht die Finger verbrannt.“

### Büchertisch.

— Die Schaubühne, herausgegeben von Siegfried Jacobsohn enthält in der Nummer 16 ihres zehnten Jahrgangs: Bald Karholismus. Von Gyon Friedell. — Station der Liebe. Von Paul Mayer. — Rheinländer (Schneider) Wilhel: Alles um Liebe. Von E. J. — Stuttgart. Von Fritz Red. Kallerzowen. — Das Variété von der andern Seite. Von Peter Panzer. — Schumacher. Von Bieder. — Das Mädchen im grünen Kleid. — Oudl Camerich Von Peter Klenberg. — Ammon, darunter eine, die sich mit Wicken beschäftigt und deshalb besonders interessieren dürfte. — Wollaus Kunstschreier. Von Alfred Rauert. — Karl. Von Hans

Sarded. — Throis Schallier. Von Alfred Polgar. — Aus der Praxis. Die Schaubühne löst: 40 St. die Einzelnummer, 3,50 Mark vierteljährlich, 12 Mark jährlich. Probenummern unentgeltlich und postfrei durch alle Buchhandlungen und Postämtern sowie durch den Verlag der Schaubühne, Charlottenburg, Bernburgstraße 25. Der Verlag ist auch bereit, neuen Interessenten auf Wunsch die Schaubühne einen Monat lang zur Probe unentgeltlich zu liefern.

### Eingekandt.

(Für Form und Inhalt aller unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion den Publikation gegenüber keinerlei Verantwortung.) Wiefen, 30. April.

Sehr geehrte Redaktion! Mit Bezagnahme auf Ihre Erklärung, die Uebersetzungen des Theatervereins nicht mehr beizubehalten zu wollen, möchte ich mir die Frage erlauben, wie Sie sich in Beziehung auf die anderen Giechener Kunstleistungen zu verhalten gedenken. Es ist nicht zu vergessen, daß auch die übrigen Kunstleistungen in den Händen von Vereinen liegen. Was dem Theaterverein recht ist, erscheint eventuell dem Kunst-Verein und dem Konzert-Verein billig, und sie könnten ebenfalls verlangen, als Vereine nicht durch Kritik behelligt zu werden. Das würde nicht zur Ehre der Kunst in Gießen beitragen und außerdem den Vereinen schädlich sein. Wenn ein Verein einmal einen Unfall erleidet, fällt es seinen Mitgliedern ein, aus dem Verein auszutreten, da jeder überlassen ist, daß gerade auf Anregung der Kritik ein solcher Fall Anstöße geben könnte. Unablässig dagegen jede Kritik, so erfährt der Verein gar nichts über seine Leistungen, und da ihm bald der Maßstab fehlt, werden sich die Unfälle wiederholen. Die Antwort der Mitglieder kann dann nur der Austritt sein, denn sie haben keine Möglichkeit der Beschwerde, es müßte denn statt des Zeitungsbekanntmachens jedes Kritikalied seine Kritik drucken lassen können. Das wird wohl niemand wünschen.

Weiter ist zu bedenken, wenn ein Hoftheater nicht einmal eine Kritik aushalten kann, auch unsere Theaterdirektion sich Ihre Kritik verbitten könnte, da das ihrem Ansehen schade. Dann wäre das Giechener Publikum bloßen glücklichen Zufall eines Erfolges preisgegeben. Man kann doch nicht leugnen, daß eine Kritik einem Anstalt um so weniger schadet, als das Publikum sie am nächsten Tage vergessen hat. Deshalb muß die Kritik eben eine dauernde Einrichtung sein. Bölliges Schweigen über öffentliche Aufführungen erscheint mir abnorm, man müßte denn öffentliche Aufführungen „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ veranstalten können. Ein Kunstfreund.

### Märkte.

ie Frankfurt a. M. Viehhofmarktbericht vom 30. April. Rindvieh: 1. und 2. Klasse 40, 2. Klasse 35, 3. Klasse 30, 4. Klasse 25, Schweine 876.

Leipzig: Rindvieh gedrückt, Schafe ruhig, geräumt, Schweine mäßig regt, bleibt Ueberfland.

Märkte.	Rindvieh		Schafe		Schweine	
	Preis	Stück	Preis	Stück	Preis	Stück
Reine Mastfäher	64-68	107-118				
Mittlere Mast- und helle Saugfäher	56-62	95-102				
Geringere Mast- und helle Saugfäher	50-55	85-92				

Stallmähe:	
Mastfäher und fäher Mastfäher	41-42 90-92
Kellere Mastfäher, auf gedrückte junge Schafe	
und geringere Mastfäher	36-40 85-90

Schweine:	
Vollfleischige Schweine von 90-100 kg Lebendgewicht	45.00-48.00 59.00-62.00
Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht	44.00-47.00 58.00-60.00
Vollfleischige Schweine von 100-120 kg Lebendgewicht	45.00-48.00 59.00-62.00
Vollfleischige Schweine von 120-150 kg Lebendgewicht	45.00-48.00 59.00-62.00

Limburg a. d. Lahn, 29. April. Fruchtmarkt. Durchschnittspreis von Weizen (Rostweizen) 16,40 Mk., weißer Weizen (angebauter Fremden) 15,90 Mk., Korn 11,55 Mk., Gerste (Winter) 0,00 Mk., Braugerste 0,20 Mk., Hafer 8,10-0,00 Mk., Erbsen 0,00 Mk., Kartoffeln 50 Hilo 2,30-0,00 Mk., Butter das Pfund 1,20-0,00 Mk., Eier das Stück 7 Hg.

### Kirchliche Nachrichten.

Israelitische Religionsgemeinde. Gottesdienst in der Synagoge (Süd-Anlage), Samstag, den 2. Mai 1914: Vorabend: 7.30 Uhr. Morgen: 8.30 Uhr. Nachmittags: 4.00 Uhr. Sabbatausgang: 8.40 Uhr.

Israelitische Religionsgesellschaft. Gottesdienst. Sabbatausgang am 2. Mai 1914: Freitagabend 7.25 Uhr. Samstag vormittags 8.00 Uhr. Samstag nachmittags 4.00 Uhr. Sabbatausgang 8.40 Uhr. Wochengottesdienst: Morgen 6.00, abends 8.40 Uhr.

### Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

April 1914	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Ablesung (Fahrenheit)	Relative Feuchtigheit	Windrichtung	Windstärke	Wolken (nach Beobachtung im Beobachtungsraum)	Wetter
29. 0 <sup>h</sup>	748,2	22,4	6,6	33	S	0	1	Wolklos
29. 6 <sup>h</sup>	746,6	14,0	7,2	57	S	0	0	Reiner Himmel
30. 7 <sup>h</sup>	746,5	11,6	7,3	71	NW	0	5	Wolklos

Schlechte Temperatur am 28. bis 29. April 1914 = + 22,3°C. Niedrigste „ 28. „ 29. „ 1914 = + 5,5°C. Niederschlag: 0,0 mm.

Die innere Mutter ist oft im Zweifel, welche Nahrung sie dem Kinde nach der Entbindung geben soll. Milch mit „Kuteke“ ermöglicht das beste Gedeihen des kindlichen Körpers, denn der Zusatz von „Kuteke“ zur Milch erhöht deren Nährwert, und die „Kuteke“-Zusatz wird von Kindern gern angenommen und gut vertragen. 1762hv

# Dr. Detker's Banillin-Zucker

(Schutzmarke: Detker's Hellkopf.)

ist das beste und billigste Gewürz für Kuchen, Puddings, Milch- und Mehlspeisen, Kaffee, Schlagsahne, Tee usw. Ein Päckchen zu 10 Fig. (3 Stück 25 Fig.) ersetzt 2-3 Stangen guter Vanille.

Ueberall zu haben!

1068hv

Man achte beim Einkauf auf die Schutzmarke, da oft minderwertige Fabrikate angeboten werden.

### Motor-Räder



Neuankommode d. Wanderverwerke Preise v. Kat. auf Antrags Ersatzteile u. Reparatur. Bil. Bezirks-Vertreter: Ludwig Schland Fahrrad-Hauslang 1777 Hausen bei Gießen.

